



Tagungsbericht zur AMS-Tagung 2025

Wehrhaft – verteidigungsbereit – kriegstüchtig – resilient

Welche Ziele verfolgt die deutsche Sicherheitspolitik in der Zeitenwende?

Hamburg, FüAkBw 22.-24.10.2025

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine und der Ausrufung der Zeitenwende im Februar 2022 durch Bundeskanzler Olaf Scholz sind die Begriffe „Wehrhaftigkeit“, „Verteidigungsbereitschaft“, „Kriegstüchtigkeit“ und „Resilienz“ regelmäßig Teil der öffentlichen Diskurse über Deutschlands Sicherheitspolitik und die Bundeswehr. Doch wofür stehen diese Begriffe? Welche Ziele und Programmatiken implizieren sie für das deutsche Handeln in einem schwierigen und gefährlichen Politikfeld, das gekennzeichnet ist durch die Herausforderungen des russischen Expansionismus, der möglichen Abkehr der USA von Europa, einer Notwendigkeit zur intensiveren Kooperation in Europa und der Rückkehr zur Landes- und Bündnisverteidigung? Welche Chancen, Probleme und Herausforderungen stellen sich für Bundeswehr, Politik und die deutsche Gesellschaft?

Mit diesem weiten Themenfeld setzte sich die Jahrestagung 2025 des Arbeitskreises Militär und Sozialwissenschaften (AMS) auseinander. Im Folgenden finden Sie eine Zusammenfassung der Vorträge auf Basis der Abstracts. Von Beiträgen, für die keine Abstracts vorliegen, werden nur Kurzzusammenfassungen dargestellt.

Im ersten Panel stellten *Olaf Theiler* und *Chariklia Rothbart* ein zentrales Projekt des Planungsamts der Bundeswehr vor. Dort arbeitet das Referat Zukunftsanalyse seit mehreren Jahren daran, die zentralen Herausforderungen des Kriegs der Zukunft zu erfassen und zu beschreiben. Drei Kernbegriffe würden als zentral angesehen: Smart, Hyper und Total. Dank technischer Fortschritte und einer zunehmenden Digitalisierung des Gefechtsfeldes würden immer mehr Bereiche des Krieges smart, also digital unterstützt und durch KI aufbereitet, analysiert und gesteuert. Das trage neben neuen weitreichenden Waffensystemen wesentlich zur zunehmenden Beschleunigung der Kriegsführung bei, dem Hyper-War. Auf einem technisch gesehen transparenten Gefechtsfeld werde jede Bewegung und jede Kräfteansammlung in Echtzeit identifiziert und bekämpft. Daraus ergäben sich völlig neue Anforderungen an die Organisation von Streitkräften, ihre Ausrüstung und Ausbildung sowie der Ausgestaltung ihrer Konzepte oder Doktrinen zur Gefechtsführung. Darüber hinaus erlaubten neue Langstreckenwaffen in Ergänzung zur hybriden Cyberkriegsführung auch die Ausdehnung der Konfliktaustragung in neue Dimensionen (Space und Cyber) sowie den Angriff fast sämtlicher Lieferketten und Logistikstrecken inklusive der kritischen Infrastruktur im Heimatgebiet der konfliktführenden Staaten. So wie verschiedene gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Trends

Treiber dieser evolutionären Weiterentwicklung des Krieges seien, so sollten die neuen Formen der Kriegsführung nach Ansicht von Theiler und Rothbart ihrerseits Rückwirkungen auf Staat und Gesellschaft haben. Dies gelte sowohl für die Folgen eines Krieges als auch schon für die Phase, in der sich Nationen auf die neuen Formen des Krieges vorzubereiten suchten. Ziel des Beitrages war es, diese Wechselwirkungen zu identifizieren und damit gezielter wissenschaftlicher Untersuchung zugänglich zu machen.

Im zweiten Vortrag betrachtete *Hüseyin Cicek* von der Sigmund Freud Privatuniversität in Wien die Türkei, ihr Verhältnis zur NATO und die neuen Bruchlinien der Zeitenwende. Die Türkei sei als NATO-Mitgliedstaat ein sicherheitspolitischer Sonderfall: zentral für das Bündnis, aber zunehmend autark in ihren außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen. Das Spannungsverhältnis zwischen Bündnistreue und nationaler Eigenlogik präge seit Jahren die türkische Außenpolitik – sichtbar etwa im Umgang mit Russland, im Spannungsfeld mit Griechenland oder in der Expansion religiös-politischer Einflussnahme in Afrika und auf dem Balkan. Vor dem Hintergrund der deutschen „Zeitenwende“ stellte sich für Cicek die Frage, wie belastbar die strategische Kooperation mit der Türkei bleibe – gerade angesichts von zunehmendem Autoritarismus, normativer Abkopplung und ideologischer Instrumentalisierung von Religion in der türkischen Außenpolitik. Die Beiträge religiöser Soft Power – etwa durch Akteure wie die Diyanet oder TİKA – seien Teil einer geopolitischen Strategie, die oft nicht mit den sicherheitspolitischen Normen westlicher Partner kompatibel sei. Gleichzeitig biete die Türkei militärische und logistische Schlüsselressourcen für NATO-Strategien an den südlichen und östlichen Bündnisrändern. Der Beitrag analysierte Chancen und Herausforderungen dieser ambivalenten Partnerschaft im Hinblick auf Optionen für eine realistische, aber werteorientierte Kooperation mit der Türkei im Rahmen der NATO. Zudem betrachtete er die Frage, wie sich in der deutschen Sicherheitspolitik ein kohärenter Umgang mit der sicherheitsstrategisch unentbehrlichen, aber politisch unberechenbaren Türkei gestalten lasse.

Unter dem Titel „Stärke durch Werte?“ trug *Sylvi Mauermeister* vom ZMSBw in Potsdam zum Thema Resilienz vor. Angesichts steigender Komplexität gegenwärtiger Konflikte stünden auch die einzelnen Soldatinnen und Soldaten vor zunehmenden Herausforderungen. Gefragt seien vor allem Anpassungs- und Entscheidungsfähigkeit in unklaren, ambigen und moralisch mehrdeutigen Situationen, kurz: resiliente Persönlichkeiten. Gleichzeitig beanspruche das Konzept der Inneren Führung die Vermittlung jener dafür notwendigen Kenntnisse und die Entwicklung jenes wertebezogenen und persönlichkeitsbildenden Rahmens, der Entscheiden und Führen auch in Extremsituationen im Dienst der Demokratie und der Menschenwürde ermöglichen und insofern relevante Resilienzressourcen ausbilden solle. Während Resilienz also konzeptionell grundsätzlich im Einklang mit der Inneren Führung stehe (sofern sie im Rahmen der demokratischen Werte und des Menschenbilds des Grundgesetzes verwirklicht werde), stelle sich die Frage, inwiefern Resilienz auch empirisch im Einklang mit oder im Widerspruch zur Inneren Führung stehe. Dazu prüfte Mauermeister exemplarisch, inwiefern sich Zusammen-

hänge zwischen den aus der Forschung bekannten resilienzförderlichen Persönlichkeitsmerkmalen und Einstellungen (Arbeitszufriedenheit, religiöse Verbundenheit sowie Toleranz und generalisiertes soziales Vertrauen) und der persönlichen und antizipierten Einstellung zur Inneren Führung zeigten. Empirische Grundlage war die Bundeswehrumfrage zur Militärseelsorge aus dem Jahr 2022. Die Ergebnisse ergaben, dass die bekannten resilienzförderlichen Ressourcen in einem positiven Zusammenhang mit der persönlichen und antizipierten Einstellung zur Inneren Führung stehen. Insofern schlussfolgerte Mauermeister, dass die Innere Führung nicht im Widerspruch dazu stehe und hilfreich sein könne, die individuelle Resilienz zu stärken.

Im zweiten Panel untersuchte *Markus Steinbrecher*, ebenfalls vom ZMSBw, die persönliche Verteidigungsbereitschaft in Deutschland und ihre Erklärungsfaktoren im Zeitraum von 2021 bis 2025. Die empirische Analyse basierte auf den Daten der jährlichen Bevölkerungsbefragung des ZMSBw, einer repräsentativen CAPI-Studie mit etwa 2.000 Befragten pro Jahr. Die Ergebnisse zeigten, dass die Verteidigungsbereitschaft in Deutschland höher sei als erwartet und sie sich nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs sogar etwas erhöht habe (2021: 33 Prozent; 2022: 41 Prozent, 2023: 38 Prozent, 2024: 42 Prozent, 2025: 37 Prozent; alle Zahlen bezogen auf die Bevölkerung zwischen 16 und 50 Jahren). Für die Untersuchung von Zusammenhängen der Verteidigungsbereitschaft mit verschiedenen Erklärungsfaktoren in Deutschland nutzte Steinbrecher das Civic Voluntarism-Modell aus der politischen Partizipationsforschung. Die Verteidigungsbereitschaft hänge mit verschiedenen soziodemografischen Merkmalen (Geschlecht, eigene militärische Erfahrung) und politischen Einstellungen (politisches Interesse, Wahlabsicht, Haltungen zu militärischer Gewaltanwendung und zur Bundeswehr) zusammen. Bedrohungswahrnehmungen hätten in Deutschland im Zeitraum zwischen 2021 und 2025 nur eine geringe Erklärungskraft für die Verteidigungsbereitschaft. Insgesamt bot der Beitrag die erste umfassende Analyse zu diesem Thema seit langem für den deutschen Kontext. Die Ergebnisse erlaubten zudem Einblicke in die Bereitschaft der deutschen Bevölkerung, der vom damaligen Bundeskanzler Scholz 2022 ausgerufenen „Zeitenwende“ zu folgen und die Konsequenzen sowie die Last einer gefährlicher gewordenen Sicherheitslage und einer gewachsenen deutschen Verantwortung für die Verteidigung im NATO- und EU-Rahmen persönlich zu tragen.

Der Vortrag von *Jürgen Rose* aus München stand unter dem Titel „Kriegstüchtigkeit und Resilienz oder Gemeinsame Sicherheit? Deutsche Sicherheitspolitik im Wolkenkuckuckshaus“. Die aktuelle sicherheitspolitische Debatte in Deutschland, aber auch im Atlantischen Bündnis insgesamt, werde geprägt durch Begrifflichkeiten wie „Kriegstüchtigkeit“, „Verteidigungsfähigkeit“, Wehrbereitschaft“ und „Resilienz“. Führende bundesdeutsche Politiker und Politikerinnen postulierten, dass angesichts des Angriffs auf die Ukraine Russland ruiniert werden müsse und dass Sicherheit in Europa fortan nicht mehr mit, sondern nur noch gegen Russland organisiert werden könne. Zugleich seien die bewährten Konzepte „Gemeinsamer Sicherheit“ auf dem Schutthaufen der Geschichte ver-

schwunden. Vergessen seien sämtliche Lehren aus dem Kalten Krieg wie sich eine erfolgreiche europäische Sicherheitsarchitektur gestalten ließe, nämlich über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM), Rüstungskontrolle und Abrüstung (z.B. MBFR, VKSE, SALT, START, Open Skies). Auch der bahnbrechende HARMEL-Bericht der NATO, welcher die Grundlage für eine Politik der Abschreckung und Entspannung geliefert habe, die zuerst Sicherheit gewährleisten konnte, finde keine Erwähnung mehr. Ebenfalls in der diskursiven Versenkung verschwunden sei auch das Inkompatibilitätstheorem, welches Wolfgang R. Vogt formuliert habe. Letzteres weise auf die strukturelle Kriegsführungsunfähigkeit moderner Industriegesellschaften angesichts nicht nur des drohenden nuklearen, sondern auch des konventionellen Krieges hin, wie sie die Kriege in Gaza und im Donbass heutzutage eindrücklich vor Augen führten. Vor diesem Hintergrund analysierte Rose, inwieweit die momentan sowohl von der Europäischen Union (EU) als auch in der Bundesrepublik Deutschland betriebene Politik einer von ihm als Militarisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bezeichneten Entwicklung tragfähige Voraussetzungen für eine zukünftige europäische Sicherheitsarchitektur zu schaffen vermöge.

Martin Kutz aus Hamburg beschäftigte sich in seinem Vortrag unter dem Titel „Wahlen in Deutschland. Bonn ist nicht Weimar – aber Berlin?“ mit dem aktuellen und historischen Wahlverhalten in Deutschland. Er arbeitete heraus, welche Lehren sich aus den geografischen und langfristig stabilen sozialstrukturellen Determinanten des Wahlverhaltens in der Weimarer Republik und der frühen Bundesrepublik für aktuelle Wahlergebnisse und die Stärke der einzelnen Parteien ziehen ließen. Sein besonderes Augenmerk lag auf einem Vergleich der Wahlergebnisse von NSDAP und AfD unter besonderer Berücksichtigung der religiösen und konfessionellen Prägung auf regionaler Ebene.

Den zweiten Tag und das dritte Panel eröffnete der Vortrag von *Sarah von Felten* von der Militärakademie an der ETH Zürich zum Thema „Militärischer Heroismus: Auswirkungen von heroischen Führungspersonen auf Wehrwillen und Wehrhaftigkeit“. Mit der russischen Invasion der Ukraine 2022 sei laut von Felten das Konzept des militärischen Helden als militärischer Führungspersönlichkeit wieder aus dem Dornröschenschlaf erweckt worden. Während man sich lange Zeit in einem post-heroischen Zeitalter befunden habe, sei mit Präsident Selenskyj wieder eine Führungspersönlichkeit in das allgemeine Bewusstsein getreten, welcher den Mythos des militärischen Helden zelebriere. Heroische Führung zeichne sich durch Mut, Selbstaufopferung und das Engagement für eine höhere Sache aus, besonders in Krisenzeiten. Solche heroischen Führungspersönlichkeiten handelten mit Integrität und Widerstandskraft und inspirierten andere, dasselbe zu tun. Wahre heroische Führung suche nicht Ruhm, sondern diene dem Gemeinwohl und stärke das Umfeld. Ebenso wichtig seien mutige Gefolgsleute, welche die Führungsperson aktiv unterstützen, mitdenken und Verantwortung übernehmen. Gemeinsam bildeten die Führungsperson und ihre Gefolgschaft so eine kraftvolle Partnerschaft, welche resilient sei und zu operationellem Erfolg führen könne. Von Felten stellte in ihrem Vortrag auch das gerade von ihr lancierte Forschungsprojekt «WINKELRIED» vor, in

dem sie sich militärischen, heroischen Führungspersonen widmet und untersucht, wie ihre Persönlichkeit sich auf die Wehrhaftigkeit, Verteidigungsbereitschaft, Kriegstüchtigkeit und Resilienz ihrer Gefolgschaft auswirkt. Das Projekt solle wichtige Aufschlüsse in den Forschungsfeldern Leadership und Followership bereitstellen, aber sei auch interessant in Bezug auf Chancen, Probleme und Herausforderungen bei Rekrutierung, Personalhalt und militärischer Ausbildung der Zukunft. Forschungsleitende Fragen des Projekts beziehen sich auf das Verständnis Europas und spezifisch der Schweiz von militärischem Heroismus, welche historischen Beispiele militärischen Heroismus' eine langfristige Wirkung auf das Verständnis von Führung und Gefolgschaft in der Armee zeigten, inwiefern die heutige Wahrnehmung von militärischem Heroismus den Führungsstil präge, und wie militärischer Heroismus im Zusammenhang mit Wehrpflicht und Personalbindung genutzt werden könne.

Claus von Rosen aus Hamburg widmete sich in seinem Vortrag der Bedeutung der Inneren Führung für und in der Zeitenwende. In seinen Ausführungen konnte er belegen, dass sich die Begriffe „Kriegstüchtigkeit“ und „Wehrhafte Demokratie“ bis zur Himmeroder Denkschrift von 1950 zurückverfolgen lassen. Von Rosen bezog sich in seinem Vortrag stark auf die Schriften und Vorträge von Graf Baudissin, die sich neben der Inneren Führung auch intensiv mit dem Kriegsbild, Strategie und Frieden (-politik) beschäftigt hätten. Er zeigte die Entwicklung der Begriffe und ihrer Bedeutung im Laufe der Zeit und diskutierte die Forderungen und Schlussfolgerungen Baudissins vor dem Hintergrund der heutigen sicherheitspolitischen Lage.

Dania Lemmer von der Central European University in Wien und *Marcel Lemmer* von der Goethe-Universität Frankfurt am Main behandelten in ihrem Beitrag das Thema „Zeitenwende von unten? Staats(un)treue unter Kontestation“. Aus ihrer Sicht formuliere die sicherheitspolitische Zeitenwende neue Anforderungen an die Wehrhaftigkeit und Resilienz des deutschen Staates. Beide Vortragenden stellten sich die Frage, worauf sich diese militärisch-politische Bereitschaft gründen solle. In ihrem Beitrag untersuchten sie, welche kulturellen, diskursiven und emotionalen Voraussetzungen staatlicher Wehrhaftigkeit in der Bundesrepublik bestehen – und wie diese zunehmend kontestiert werden. Im Zentrum stand dabei das Konzept der Staats(un)treue. Marcel Lemmer rekonstruierte im ersten Teil, in welchen Kontexten der Bundesrepublik – von Bundeswehr und Zivildienstdebatten über politische Bildung bis hin zu Alltagsdiskursen – Treue eingefordert werde. Gleichzeitig wurden Strömungen identifiziert, die sich diesem Treueanspruch entzögen oder ihn ideologisch brechen wollten: etwa politische Gruppen, religiöse, subkulturelle oder postmigrantische Communities sowie Milieus der organisierten Kriminalität. Dabei zeige sich, dass sich Staatsbindung nicht allein über Institutionen oder Recht legitimiere, sondern über Narrative vermittelt werde. Die gegenwärtige Kontestation dieser Narrative verweise auf eine fragile Treuelandschaft – und auf die Notwendigkeit, Staatstreue neu zu denken. Daran anknüpfend richtete Dania Lemmer im zweiten Teil des Vortrags den Blick auf Gruppen in Deutschland, die trotz individualisier-

ter, kapitalistisch geprägter und pluraler Gesellschaftsstruktur eine ausgeprägte Staatstreue zeigten – etwa türkisch- oder chinesischstämmige Milieus sowie Deutsch-Israelis. Der Vortrag analysierte eines dieser Milieus näher und zeichnete Israels Vorstellungen von Nation und Wehrhaftigkeit nach, die durch Mythen der Opferbereitschaft und kollektiven Verantwortung geprägt sei – getragen vom Alltag des Wehrdienstes und dem historischen Trauma der Shoah. Mit ihrem Beitrag stellten Dania und Marcel Lemmer die Frage, welche übergreifenden und historischen Narrative in der Bundesrepublik als identitätsstiftendes Fundament für eine wehrhafte, demokratische Staatsgesellschaft tragfähig wären.

Timo Graf vom ZMSBw in Potsdam vermaß in seinem Beitrag die Wehrhaftigkeit der deutschen Bevölkerung. Wehrhaftigkeit sollte seiner Ansicht nach nicht auf die Bereitschaft zum Dienst an der Waffe verkürzt werden. Wehrhaftigkeit als innere Haltung beginne mit der Bedrohungswahrnehmung (z.B. durch Russland), erstrecke sich über verschiedene verteidigungspolitische Einstellungen (z.B. zu Verteidigungsausgaben, Wehrdienst, Bündnisverpflichtungen etc.) und ende mit der erklärten Bereitschaft zum Dienst an der Waffe. Wehrhaftigkeit als innere Haltung beschreibe demnach ein breites Spektrum. Und diese facettenreiche Haltung müsse nicht immer konsistent sein. So müsse nicht jeder „freiwillige Kämpfer“ zwangsläufig ein Befürworter der verteidigungspolitischen „Zeitenwende“ sein oder Russland als militärische Bedrohung erkannt haben. Und nicht jeder Befürworter der „Zeitenwende“ sei bereit, im Verteidigungsfall selbst zur Waffe zu greifen. Es stelle sich also die Frage, wie sich die Wehrhaftigkeit in der deutschen Bevölkerung im Spektrum ihrer möglichen Ausprägungen darstelle und ob sich ein Milieu identifizieren lasse, dessen Wehrhaftigkeit als ganzheitliche Haltung einen hohen Grad an Konsistenz erkennen lasse. Graf beschäftigte sich vor diesem Hintergrund mit den Fragen nach der Größe dieses Milieus und dem soziodemographischen und politischen Profil dieser „wahrhaft wehrhaften“ Bürgerinnen und Bürger. Grafs Auswertung der repräsentativen ZMSBw-Bevölkerungsbefragung leistete einen wichtigen Beitrag zur Beantwortung dieser Fragen, der neue Perspektiven auf die Wehrhaftigkeit in der deutschen Bevölkerung eröffnete.

Ina Kraft, ebenfalls vom ZMSBw, widmete sich in ihrem Beitrag dem Verhältnis von Militär und Politik in etablierten Demokratien in Zeiten demokratischer Erosion. Der Vortrag basierte auf der Annahme, dass Streitkräfte nicht nur die äußere Sicherheit von Staaten verteidigten. Die Stabilität politischer Systeme sei auch von der Ausgestaltung ihrer politisch-militärischen Beziehungen abhängig. Sie begann mit der Beobachtung, dass westliche Streitkräfte seit Mitte der 2010er Jahre wieder mehr Aufmerksamkeit im Forschungsfeld der demokratisch-militärischen Beziehungen erführen. Jedoch würden sie nicht mehr als der klassische Hort antidemokratischer Tendenzen ausgemacht. In Zeiten, in denen demokratisch gewählte, jedoch autokratisch agierende Staatsoberhäupter oder Regierungschefs das Militär politisierten und für ihre eigenen Zwecke instrumentalisieren, nähmen Streitkräfte in der zivil-militärischen Gleichung plötzlich eine stabili-

sierende Rolle ein. An den Beispielen Polen und USA illustrierte der Beitrag, wie politische Führer die politischen Beziehungen zu den Streitkräften zu ihren Gunsten zu verändern versuchten, etwa indem sie militärische Bildungsinstitutionen umgestalteten oder in militärische Kommandostrukturen eingriffen. Im zweiten Teil konzentrierte sich Kraft auf die Bundeswehr und fragte, wie demokratiefest die politisch-militärischen Beziehungen in Deutschland seien. Sie identifizierte drei Quellen demokratischer Resilienz dieser Beziehungen: die politische Bildung und demokratische Sozialisation des militärischen Personals, die stabilisierende Wirkung eines funktional getrennten militärisch-zivilen Verwaltungssystems sowie die verfassungsrechtlichen Kontrollmechanismen durch Parlament und Regierung.

Andrés Saravia von der FU Berlin stellte das Projekt „Dateninfrastrukturen zur Erforschung gesellschaftlicher Krisen und Katastrophen“ vor. Um auf aktuelle und potentielle Bedrohungslagen wie Epidemien, Naturgefahren, aber auch einen möglichen Verteidigungsfall reagieren zu können, sei ein empirisch abgesichertes sozialwissenschaftliches Wissen über die Vulnerabilität, Preparedness und Resilienz der Bevölkerung sowie von Behörden und Unternehmen unabdingbar. Dafür seien längsschnittliche Erhebungen notwendig, die krisen- und katastrophenbezogene Erkenntnisbedarfe adressierten. Das an der FU Berlin und am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) angesiedelte Projekt „Vulnerabilität, Preparedness und Resilienz in Krisen – Dateninfrastrukturen zur Erforschung gesellschaftlicher Krisenphänomene“ habe das Ziel, Infrastrukturen für die Erforschung und das Management von Krisen und Katastrophen zu verbessern und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Datenproduktion und dem praktischen Zivil- und Katastrophenschutz in diesem Bereich zu stärken. Durch Interviews mit Expertinnen und Experten und in Kooperation mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wurden Erkenntnis- bzw. Erhebungsbedarfe über die deutsche Bevölkerung gesammelt, die perspektivisch in bestehende Langzeitstudien einfließen sollten. Zentrale Themen seien u.a. subjektive Risiko- und Bedrohungswahrnehmung, individuelle Notfallvorsorge, institutionelles Vertrauen und Selbstwirksamkeit, Akzeptanz staatlicher Krisenmaßnahmen, Einstellungen zur Vorsorge und Handlungsergebniserwartung, Informationsverhalten und -bedarfe, Unterstützungsbereitschaft und freiwilliges Engagement, persönliche Vulnerabilitäten und Resilienz sowie allgemeines Sicherheitsgefühl und Sorgen und Ängste in Bezug auf Krisen oder Krieg. Bestehende Erhebungsinstrumente, die diese Themen adressieren, würden aktuell durch das Projekt gesammelt und auf einer Online-Informationsplattform gebündelt verfügbar gemacht. Zudem würden mit Vertreterinnen und Vertretern der Praxis, der krisen- und katastrophenbezogenen Forschung sowie der sozialwissenschaftlichen Forschungsdateninfrastrukturen Möglichkeiten erörtert, wie entsprechende Befragungsmodule Bestandteil der sozialwissenschaftlichen Dauerbeobachtung werden könnten. Der Vortrag zeigte insbesondere die Dringlichkeit der Berücksichtigung krisenrelevanter Inhalte in Panelstudien und diskutierte gemeinsame Ansätze zur Umsetzung.

Christian Göbel von der Assumption University in Worcester, MA, USA stellte seinen Vortrag unter den Titel „Auch Athener können kämpfen. Doppelte Zeitenwende und Kriegstüchtigkeit aus friedensethischer Sicht“. Er führte aus, dass die Notwendigkeit, die Bundeswehr „kriegstüchtig“ zu machen, u.a. als Reaktion auf den russischen Expansionismus, durch Zweifel an der Verlässlichkeit der Trump-USA als strategischer Partner und globale Schutzmacht von Menschenrechtsethos und internationaler Friedensordnung verstärkt werde („doppelte Zeitwende“). Gleichwohl müsse die Sorge mancher vor dem Kriegsbegriff ernst genommen werden – vor allem, wo sich diese aus Friedensethik, internationalem Recht und Prinzipien der Inneren Führung (IF) motiviere. Es gebe neben pazifistisch-zivilgesellschaftlicher Kritik auch Skepsis im Umfeld der Bundeswehr, z.B. bei Elmar Wiesendahl, der seine Unterscheidung zwischen zwei militärischen „Mindsets“ – „Spartaner“ (uneingeschränkte Kriegermentalität) und „Athener“ (demokratische Kämpfer) – aufgenommen habe, um vor einer „Aushöhlung“ der IF durch das Ziel Kriegstüchtigkeit zu warnen. Letztlich scheine solche Kritik aber weder historisch (Sparta/Athen) noch aktuell berechtigt. Die Bundeswehr der Zeitenwende laufe keine Gefahr, die IF aufzugeben und spartanische Kämpfer zu produzieren, wie es vereinzelt während IKM-Einsätzen geschehen sein möge. Man werde derzeit an die Ursprünge der Bundeswehr erinnert: Wer zur Verteidigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung berufen sei, brauche eine Kriegstüchtigkeit, die starkes Ethos und tragfähige Ethik umfasse. Auch „Athener“ könnten kämpfen! So wenig der Verdacht mancher Militärs gerechtfertigt gewesen sei, die IF habe zu viel Zivilität in die Bundeswehr gebracht, so wenig sei die gegenwärtige Sorge vor einer Militarisierung der Zivilgesellschaft berechtigt. Göbel verdeutlichte dies mithilfe neuer Vorschriften zur ethischen und Persönlichkeitsbildung in der Bundeswehr, der beiden Handbücher Innere Führung (1957 und 2023) sowie des Leitbilds vom gerechten Frieden, das – mehr als die traditionelle Lehre vom gerechten Krieg – deutsche Friedensethik leite und im Zuge des Ukrainekrieges international rezipiert werde. Seitenblicke warf Göbel auf die Situation in den USA, wo Trumps Verteidigungsminister Hegseth die Wiedereinführung eines „warrior ethos“ und die Stärkung von „lethality“ zu Zielen erklärt habe.

Paul S. Peterson vom ZMSBw in Potsdam trug zum Thema „Erhaltung des Friedens: Die Logik der Abschreckung und die Sprache der militärischen Leistungsfähigkeit“ vor. Er skizzierte in seinem Vortrag unterschiedliche Dimensionen der gegenwärtigen Sprache der militärischen Leistungsfähigkeit im historischen Kontext und vor allem mit Blick auf die friedenserhaltende und verteidigungstheoretische Verwendung. Dabei stellte Peterson auch die damit zusammenhängenden ethischen Spannungsverhältnisse multiperspektivisch dar. Wichtig für die dargestellten Analysen waren die theoretischen Zugänge und Denkweisen des führenden Denkers der Inneren Führung, Wolf Graf von Baudissin.

Unter dem Titel „Wehrhaftigkeit und Wehrfähigkeit: Verteidigungsbereitschaft als Gewaltandrohung“ stand der Vortrag des ehemaligen AMS-Vorsitzenden, *Martin Elbe* vom ZMSBw. Er führte aus, dass es sich bei Wehrhaftigkeit eher um einen Alltagsbegriff handle, der zwar auch als journalistisches Schlagwort taue, aus wissenschaftlicher Sicht

gelte es aber zu untersuchen, welche Bedeutungen in diesem Begriff angelegt seien und wie verschiedene Wissenschaftsdisziplinen ihn verwendeten. Von der Wehrhaftigkeit sei die Wehrfähigkeit zu unterscheiden. Diese zielen auf die Fähigkeit (als Potenzial im engeren Sinn) zur Gewaltanwendung und auf die Fertigkeit, militärische Gewalt auch konkret in Handlung umzusetzen. Wehrhaftigkeit gehe darüber aber noch hinaus und umfasse die Motivation (als innere Haltung, bzw. Einstellung) zur Verteidigung oder generell zum Kampf und die situative Umsetzung (Volition) als konkreten Handlungsvollzug. Im Vortrag wurde dieser (theoretische) Zusammenhang analysiert und in den Kontext von Verteidigungsbereitschaft als Form der Gewaltandrohung gestellt. Diese unterscheide sich (auch in ihrer kommunikativen Wirkung) zwischen offenen und totalitären Gesellschaften und stelle im Rahmen der andauernden Zeitenwende die bundesrepublikanische Gesellschaft vor erhebliche Herausforderungen, die im Vortrag herausgearbeitet wurden.

Mit den Begriffen „kriegstüchtig“, „freiheitstüchtig“ und „friedenstüchtig“ beschäftigte sich der Vortrag von *Roland Wöhrle-Chon*, ebenfalls vom ZMSBw. Dahinter lag die Frage, wofür die Bundeswehr in der Zeitenwende stehe. Im Kern zielten die Grundsätze der Inneren Führung seit dem Aufbau der Bundeswehler auf eine wertegebundene und demokratieverträgliche Armee. Gemäß der Konzeption der Inneren Führung stehe der Wille zur Eigeninitiative und zur Übernahme von Verantwortung im Zentrum der soldatischen Bildung. Die innere Haltung und Werteorientierung der und des Einzelnen, die sich im Handeln aus Überzeugung zeigten, seien dabei die bestimmenden Elemente. Generalinspekteur Breuer habe diesbezüglich geschrieben: „Die Zeitenwende muss für uns [...] zu einer Gedankenwende führen – wir brauchen einen Mentalitätswandel hin zur Wehrhaftigkeit [...]. Darunter verstehe ich nicht nur die Rückbesinnung auf und Stärkung des Führens mit Auftrag oder den Staatsbürger bzw. die Staatsbürgerin in Uniform. Es geht insbesondere um eine neue Qualität von Führung. Das heißt Agilität, Risikofreude und Verantwortungsübernahme durch jeden von uns – und zwar dort, wo sie hingehört: auf die niedrigstmögliche Ebene. Dort, wo sich Entscheidungen unmittelbar auswirken. Nur so werden wir kriegstüchtig.“ Vor diesem Hintergrund untersuchte Wöhrle-Chon im Kontext des prinzipiellen Problems, das sich mit der Forderung der Zeitenwende nach Kriegstüchtigkeit hinsichtlich der Sehnsucht von Menschen nach Frieden und Freiheit als Grundlage des menschlichen Zusammenlebens stelle, zwei Grundsatzfragen: In welcher Relation stehen die Begriffe Frieden, Freiheit und Kriegstüchtigkeit? Und kann die Bundeswehr auf der Grundlage der Konzeption der Inneren Führung recht verstanden „kriegstüchtig(er)“ werden?

Den dritten Tag eröffnete der Beitrag von *Maren Tomforde* von der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Ihr Vortrag trug den Titel „Intellektuelle Soldatinnen und Soldaten als Schlüssel moderner Führung: Die unverzichtbare Rolle breit gebildeter Offiziere in Zeiten von Krise und Krieg“. Die sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts seien geprägt von Komplexität, Volatilität und Unvorhersehbarkeit. In diesem Umfeld stünden intellektuell und geistig breit aufgestellte Soldatinnen und Soldaten – insbesondere Offiziere – im Zentrum erfolgreicher Streitkräfte. „Intellektuelle

Soldatinnen und Soldaten“ zeichneten sich durch die Fähigkeit aus, über den militärischen Tellerrand hinauszublicken, gesellschaftliche, politische und technologische Entwicklungen zu verstehen und kritisch zu reflektieren. Gerade in Krisen- und Kriegszeiten, in denen Informationen fragmentarisch, Lagen unübersichtlich und Entscheidungen existenziell seien, sei es die intellektuelle Flexibilität, die schnelles, verantwortungsvolles und agiles Handeln ermögliche. Um eine flexible und reflektierte Führung zu gewährleisten, sollte die Förderung von „officer-scholar“-Profilen in den Streitkräften fest verankert sein und nachhaltig ein großer Wert auf akademische Bildung, kritisches Denken und die Fähigkeit gelegt werden, komplexe sicherheitspolitische und gesamtgesellschaftliche Lagen zu analysieren. Bereits die Studien von Samuel Stouffer und seinen Kollegen zum Zweiten Weltkrieg hätten gezeigt, dass Bildung und intellektuelle Fähigkeiten wichtige Faktoren für die Leistungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit von Soldatinnen und Soldaten auch im Krieg seien. Die Entwicklung und Förderung intellektueller Kompetenzen sei so- mit kein Luxus, sondern eine sicherheitspolitische Notwendigkeit, die in Ländern wie z.B. Großbritannien, Frankreich und (bisher) auch in den USA erkannt werde. Nur intellektuell gebildete Soldatinnen und Soldaten könnten den Herausforderungen moderner Konflikte gerecht werden und als Vorbild, Führungspersönlichkeit und Garant für die Werte einer demokratischen Gesellschaft dienen. Auch und insbesondere in Zeiten von Krise und Krieg sollte laut Tomforde das Leitbild von „intellektuellen Soldatinnen und Soldaten“ institutionell verankert bleiben und das Selbstverständnis moderner Führung prägen.

Mit einem spezifischen Aspekt von Bildung für Soldatinnen und Soldaten beschäftigte sich der Vortrag von *Katrin Grosser*, ebenfalls ZMSBw. Unter dem Titel „Historische Bildung und Kriegstüchtigkeit. ‚Durchhaltefähig‘ mit Podcasts?“ beschäftigte sie sich mit dem Beitrag, den Podcasts mit Inhalten zur historischen Bildung zur Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr leisteten. Das ZMSBw stelle Mittel und Medien für die historische Bildung bereit und entwickle diese weiter. Für den erfolgreichen Transfer von Inhalten zur historischen Bildung benötige das ZMSBw valide Erkenntnisse, wie angebotene Materialien und Formate zur historischen Bildung bewertet und genutzt würden. Über den Erfolg onlinebasierten Wissenstransfers digitaler Inhalte des ZMSBw zur historischen Bildung lägen bislang kaum Erkenntnisse vor. Daraus resultiere die Frage nach der Nutzungshäufigkeit, Nutzungsintensität und Wirkung der bereitgestellten digitalen Bildungsinhalte. Rezeptionsstudien belegten, dass sich das Rezeptionserlebnis von Podcasts von denen anderer Medien unterscheide, weshalb dieses Medium in den Fokus der Analyse gerückt werde. Ausgehend von den Kernaufgaben der historischen Bildung, den Besonderheiten des Mediums „Podcast“ sowie der Begriffsdefinition von Kriegstüchtigkeit wurde im Rahmen des Vortrags untersucht, welchen Beitrag Podcasts mit Inhalten zur historischen Bildung zur Kriegstüchtigkeit der Bundeswehr leisten könnten. Darüber hinaus wurde die Frage beantwortet, welche Herausforderungen bei der Analyse des Transfererfolgs entstünden. Dafür zeigte Grosser die Ergebnisse fragebogenbasierter Studien (2015 und 2021) sowie leitfadengestützter Interviews (2015) und konzentrierte sich auf

Erkenntnisse zur Zufriedenheit und zum Nutzungsverhalten mit ausgewählten Mitteln zur historischen Bildung. Zusätzlich zu den etablierten gedruckten Bildungsprodukten seien webbasierter Wissenstransfer und digitale Bildungsformate (wie Podcasts) aus der modernen Bildungslandschaft nicht mehr wegzudenken, wenn es darum gehe, Wissen und Bildungsinhalte erfolgreich und verständlich zu kommunizieren. Insbesondere Podcasts eigneten sich in diesem Zusammenhang für die tiefgründige Auseinandersetzung mit einem umgrenzten Themenbereich.

Dagmar Weber und *Meik Nowak* von der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg stellten in ihrem Vortrag ein Projekt zum Thema „Politische Bildung und demokratische Resilienz (PBuDR)“ vor. Die Bedrohungslagen für freie Gesellschaften hätten durch die Politikfeldverflechtung von Sicherheitspolitik mit der Innen-, Außen- und internationalen Politik zugenommen und ließen sich analytisch- akademisch kaum mehr systematisch trennen. Die Auseinandersetzung damit im Kontext der Bundeswehr finde durch politische Bildung als Teil der Inneren Führung statt. Die Gefahren von ein- hergehenden Fake News, Propaganda und Verschwörungsmythen stellten Durchführende der politischen Bildung jedoch vor große Herausforderungen. Der Vortrag zeigte durch das Erstellen kollaborativer Wissensbausteine – im Kontext eines Projektes der HSU – auf, wie die Stärkung demokratischer Resilienz in Form von Medienkompetenz und Critical Thinking durch teilnehmendenorientierte politische Bildung im Rahmen des Projekts PBuDR durch Vorgesetzte geschehen könne. Teilnehmende würden partizipativ eingebunden und dazu befähigt, Analyseraster zu erstellen, diese zu nutzen und eigenständig digitale Transferbrücken in die Lebenswelt der Teilnehmenden zu schaffen. So wurden die Inhalte des Projekts PBuDR hinsichtlich der Stärkung demokratischer Resilienz der Soldatinnen und Soldaten durch die vermittelten Kompetenzen auf individueller Ebene mit einem innovativen Qualifizierungsangebot für die Zielgruppe der Offizierinnen und Offiziere auf institutioneller Ebene skizziert. Beides zusammen stelle einen Beitrag zur Einsatzbereitschaft der Streitkräfte dar und wurde im Vortrag beispielhaft reflektiert. Jenseits der Reflexion des Projekts wurden Einblicke in die Auseinandersetzung mit Fragestellungen der politischen Bildung in der Zeitenwende zur erfolgreichen Bewältigung von komplexen Situationen in verschiedenen Settings wie Einsatz, Dienstalltag, Organisationskultur, Innerer Führung und dem Spannungsfeld Bundeswehr-Politik-Gesellschaft gegeben.

Jens Schröder aus Brüssel in Belgien beschäftigte sich mit der „Steigerung der Wehrhaftigkeit durch eine mögliche Europäisierung der Personalentwicklung der Bundeswehr und internationale Rekrutierung“ mittels einer Öffnung für EU-Bürger. Die Bundeswehr stehe angesichts demografischer Veränderungen, Fachkräftemangel und sicherheitspolitischer Herausforderungen – wie viele europäische Armeen – vor erheblichen Rekrutierungsproblemen. Gerade der relativ kurzfristige Auf- wuchs um wohl mehrere zehntausend Soldaten erfordere besondere Anstrengungen. Die Öffnung nationaler Streitkräfte für ausländische (insbesondere EU-) Bürger werde international bereits praktiziert, um

Personalengpässe zu beheben, Interoperabilität zu fördern und neue Expertise zu gewinnen. In Deutschland werde dies seit einigen Jahren diskutiert. Der Zugang sei bislang jedoch gemäß § 37 Soldatengesetz auf deutsche Staatsangehörige beschränkt; Ausnahmen seien nur im Einzelfall möglich. Vor dem Hintergrund der Diskussion um eine europäische Verteidigungsunion und zunehmender Diversität stelle sich die Frage, ob und wie eine gezielte Öffnung der Bundeswehr für EU-Bürger zur Wehrhaftigkeit beitragen könne – und mit welchen Nebenwirkungen. Neben möglichem Personalzuwachs und gestärkter Kooperation seien Fragen der Loyalität, Integration, Sicherheitsüberprüfung, Auswirkungen auf das Sozialgefüge der Bundeswehr und ein sich intensivierender Rekrutierungswettbewerb zwischen EU-Staaten zu klären. Beispiele aus Belgien, Luxemburg, Frankreich sowie den USA zeigten verschiedene Modelle und Effekte. Eine solche Öffnung hätte auch Auswirkungen auf die Innere Führung, Personalkultur und nationale sowie europäische Identität. Es gelte zu prüfen, ob durch eine ggfs. maßvolle Öffnung – bei klaren Sprach- und Qualitätsstandards sowie gesellschaftlicher Akzeptanz – ein pragmatischer, vielleicht notwendiger Beitrag zur Wehrhaftigkeit und Europäisierung der Bundeswehr geleistet werden könne. Gerade vor dem Hintergrund der Konzentration der Verteidigung auf die europäischen Partner könnte eine personelle Verzahnung laut Schröder auch positive Effekte auf die Wehrhaftigkeit haben.

David Franz von der Universität Kaunas in Litauen trug zur „Strategie der Gesamtverteidigung Litauens im Horizont der zivil-militärischen Beziehungen“ vor. Entlang aktueller republikanischer Demokratiekritik argumentierte er, dass die liberale, demokratische Sicherheitskonzeption, die sich maßgeblich durch Rollendifferenzierung und eine einhergehende Tendenz zum Expertentum auszeichne, Gefahr laufe, unter der Auflösungserscheinung der Grenzen zwischen inneren und äußeren Bedrohungen zu illiberalen Mitteln zu greifen, um tatsächlich oder vermeintlich drohende Tyrannen abzuwenden. Die russische Destabilisierungsstrategie und die Erosion der amerikanisch gesicherten, regelbasierten Ordnung ließen dieses Risiko entstehen und erforderten im Besonderen eine demokratische Reflexion. Im Sinne des republikanischen Impulses der Repolitisierung vermeintlich rechtlich geklärter Fragen in stärkerer Konfliktbeteiligung der Gesamtbevölkerung, würden die zivil-militärischen Beziehungen als Symptomträger der Risiken zu liberaler Mischverfassungen diskutiert, bei gleichzeitiger Möglichkeit in Deutschland, durch die Innere Führung in republikanischer Interpretation konstruktiv auf die Lage einzuwirken. Das verschärft von den geopolitischen Entwicklungen betroffene Litauen wurde im Vortrag vor dem Hintergrund der Stationierung der Panzerbrigade 45 der Bundeswehr in seinen lokalen Bedingungen der zivil-militärischen Beziehungen im Ansatz der Gesamtverteidigung betrachtet. Unter Berücksichtigung des historischen und aktuellen Kontextes wurden im Vortrag die jeweiligen Ausrichtungen und Antriebe der beiden Nationalstaaten in ihrem jeweiligen Verhältnis zu Vorgängerstaaten, ihrem gegenwärtigen Wehrsystem, ihrer politischen Kontrolle und dem daraus resultierenden soldatischen Selbstbild in das Spektrum republikanischer und liberaler Orientierung eingeordnet. Der Charakterisierung der sich daraus ergebenden jeweiligen eigenen Tendenzen

und Widersprüche folgte zum einen der Diskussion möglicher Hindernisse und Lehren, die sich für den engeren kulturellen Austausch der deutschen Militärangehörigen und ihrer Familien mit dem litauischen Selbst- und Soldatenverständnis in ihrer Demokratie ergäben. Zum anderen ging es im Vortrag um die Diskussion demokratischer Implikationen, falls sich Deutschland an den litauischen zivil-militärischen Beziehungen in ihrer Strategie der Gesamtverteidigung orientieren würde.

Den Abschlussvortrag der Tagung hielten *Natascha Zowislo-Grünewald* und *Dierk Spreen* von der Universität der Bundeswehr in München. Sie befassten sich mit den „Bedingungen der Möglichkeit und Strategien Kognitiver Verteidigung aus der Perspektive strategischer Kommunikation“. Verteidigungsbereitschaft bedeute nicht nur Heavy Metal plus Boots. Verteidigungsbereit sei eine Gesellschaft nur dann, wenn es eine hinreichende Motivation in der Bevölkerung eines Staates gebe, sich und das eigene politische System zu verteidigen. Im Falle der Bundesrepublik Deutschland meine letzteres den demokratischen Verfassungs- und Sozialstaat und seine Institutionen sowie die Einbindung in die EU und die NATO. Schon Baudissin habe gewusst, dass „stabile ausgeglichene Verhältnisse“ eine wesentliche Bedingung seien, um „subversive[r] Kampfführung“ wirksam entgegen treten zu können, weil es dann „weder lohnende Angriffsziele noch die notwendige Unterstützung durch die umgebende Bevölkerung“ gebe. Die damit von Baudissin angesprochene Dimension kommunikativer Verteidigung verweise auf eine ganze Reihe von Einflussfaktoren. In ihrem Beitrag beschränkten Zowislo-Grünewald und Spreen sich auf die Dimensionen Information Warfare und Cognitive Warfare. In einem ersten Schritt wurde dazu eine kategoriale Bestimmung beider Phänomene, die nicht das Gleiche meinten, vorgenommen. Cognitive Warfare beschreibe im Kern eine moderne Form strategischer Konfrontation, die auf kognitive Prozesse von Individuen, Gruppen oder Gesellschaften abziele. Das Ziel sei, die Wahrnehmungen, das Urteilsvermögen, und die Entscheidungsprozesse eines Gegners zu beeinflussen und zu schwächen – oder auch die strategischen Handlungsoptionen dieses Gegners zu kontrollieren. Die Methoden von Cognitive Warfare wiesen dabei große Ähnlichkeiten mit dem Konzept des „Nudging“ auf. In einem zweiten Schritt wurden diesbezüglich relevante Dimensionen kommunikativer Verteidigung (Debunking, Prebunking, Systemvertrauen, Künstliche Intelligenz) thematisiert. Im Ausblick wurden zudem offensive kommunikative Optionen im Sinne einer proaktiven und nachhaltigen Verteidigungsstrategie diskutiert.

Markus Steinbrecher